

Gewessler will Lobautunnel endgültig begraben

Verkehr. Eine Prüfung soll Alternativen zur Lobau-Autobahn liefern, damit das Projekt aus dem Gesetz gestrichen werden kann. Dass der Plan der grünen Ministerin aufgeht, ist aber unwahrscheinlich



Gewesslers Ankündigung sorgt für Aufruhr in Wien und Niederösterreich, aber auch beim eigenen Koalitionspartner, der eine Gesetzesänderung ausschließt

VON JOSEF GEBHARD

Trotz des massiven Widerstands aus Wien, Niederösterreich und seitens des eigenen Koalitionspartners (ÖVP) will Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) der umstrittenen Lobauautobahn (S1) samt Tunnel im Nordosten Wiens endgültig den Garaus machen. Sie kündigte eine sogenannte strategische Prüfung Verkehr (SPV) an, mit der Alternativen zu der Donauquerung aufgezeigt werden sollen.

Zwar hat Gewessler nach einem „Klimacheck“ des gesamten Asfinag-Bauprogramms bereits im Dezember das Aus für die Autobahn verkündet, das Projekt befindet sich allerdings nach wie vor im Bundesstraßengesetz. Deshalb leitet die Ministerin nun die Prüfung ein. Fällt sie in ihrem Sinne aus, will sie einen Gesetzesentwurf erstellen, mit dem die Autobahn aus dem Gesetz gestrichen werden soll.

Kritik übt Gewessler vor allem an der Stadt Wien: „Ich habe sie mehrmals zu ge-

meinsamen Planungen eingeladen. Leider hat sie dafür bis heute keine Zeit gefunden“, sagt die Ministerin. Deshalb habe sie die Prüfung gestartet, um Alternativen zu suchen. Für Wien und Niederösterreich stehe aber weiter die Türe offen, sich daran zu beteiligen.

Studie als Munition

Rückendeckung hat sich Gewessler in Form einer Studie unter Federführung von TU-Professor Günter Emberger geholt. Diese kommt zum Ergebnis: Die konsequente Umsetzung der von der Stadt Wien selbst gesetzten Ziele (etwa Reduktion der CO₂-Emissionen im Verkehr um 50 Prozent bis 2030) würde zu einer deutlichen Verkehrs-entlastung führen. Eine höherrangige Straße wie eben die geplante Autobahn wäre dagegen kontraproduktiv, sie würde sogar zu mehr Verkehr führen, betont Emberger. Besser sei der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und Investitionen ins niederrangige Straßennetz.

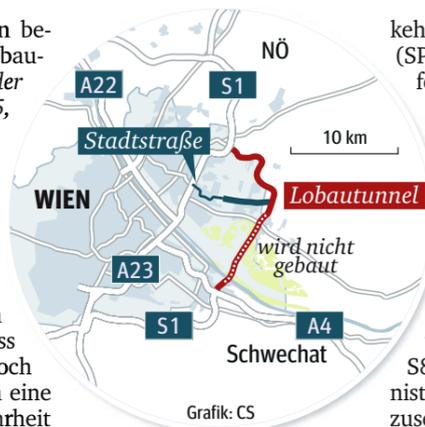
Laut Experten würden

die von der Stadt Wien bereits geplanten Öffi-Ausbauten (S80, Verlängerung der Straßenbahn-Linie 25, Schnellbusse) genügen, um die Stadtentwicklungsgebiete in der Donaustadt ausreichend anzubinden.

So soll es nun weitergehen: Laut Gewessler dauere eine SPV im Schnitt zwei Jahre. Dass ihr Plan aufgeht, ist jedoch mehr als fraglich. Denn eine parlamentarische Mehrheit für das Streichen der Lobauautobahn aus dem Gesetz ist weit und breit nicht in Sicht.

Nicht einmal der eigene Koalitionspartner unterstützt die Ministerin.

„Mit uns als Volkspartei wird es keine Gesetzesänderung geben“, stellt Verkehrssprecher Andreas Ottenschläger klar. „Diese war niemals Verhandlungsgegenstand und ist auch nicht Teil des gemeinsamen Regierungsprogramms.“ Die von Gewessler verkündete Absage sei „inakzeptabel“, im Vorfeld habe es auch keine Abstimmungsgespräche dazu gegeben.



Grafik: CS

Da sich auch SPÖ und FPÖ klar für den Tunnel aussprechen, kann Gewessler ihr Vorhaben nach jetzigem Stand im Parlament nicht umsetzen.

SPÖ empört

Empört ist man auch in Wien: Während täglich mehr als 230.000 Pkw und jährlich 900.000 Transit-Lkw über die Tangente durch die Stadt donnern würden, spiele Gewessler mit ihrer „Pseudo-Prüfung“ des bereits bestgeprüften Infrastrukturprojekts Österreichs auf Zeit, sagt Ver-

kehrstadträtin Ulli Sima (SPÖ). „Ziel ist es ganz offensichtlich, die überfällige Entlastung der Wiener zu verschleppen – und das ohne irgendeinen Lösungsansatz.“

Ähnlich frostig ist die Stimmung in NÖ, das nicht nur durch den Stopp der S1 betroffen ist. Dort hat Gewessler auch den Bau der S8 auf Eis gelegt. „Die Ministerin ist verpflichtet umzusetzen, was bereits seit Jahren auf dem Tisch liegt“, sagt Verkehrslandesrat Ludwig Schleritzko (ÖVP). Und weiter: „Kein Politiker darf über dem Gesetz stehen.“

Aufgeschreckt ist man nun auch in Kärnten, wo der Bau der B317 nach Gewesslers Klimacheck stillsteht. Straßenbaureferent Martin Gruber (ÖVP) hat seine eigene Interpretation für das jetzige Vorgehen der Ministerin: Dieses sei in gewisser Weise auch „ein Eingeständnis, dass der Asfinag-Baustopp rechtlich nicht gedeckt war und man sich im Ministerium dessen bewusst ist.“

Causa Birnbacher: Ex-ÖVP-Politiker Martinz zahlt 5,3 Millionen Euro

Ein geschlossener Vergleich mit Josef Martinz hat das Land Kärnten im Bemühen um Schadenswiedergutmachung in der Causa Birnbacher ein Stück weiter gebracht. Laut *Kärntner Monat* zahlte Martinz 5,3 Millionen Euro zusätzlich zu einer Million, die schon geflossen war.

Beim Land sind inklusive Zinsen noch rund 300.000 Euro offen. Martinz wurde in der Causa wie der Steuerberater Dietrich Birnbacher und zwei ehemalige Vorstände der Kärntner Landesholding im Strafverfahren dazu verurteilt, den Schaden von 5,7 Millionen Euro wieder gut zu machen. Bei Birnbacher wurden gut 1,8 Millionen Euro eingetrieben. Pfändungen gegen ihn laufen und bringen monatlich mehrere hundert Euro. Die Ex-Vorstände zahlten 110.000 Euro (Vergleich) bzw. 500 Euro zurück. Beim Land bzw. der Nachtragsverteilungsmasse (NVM) seien mit Zinsen noch 300.000 Euro offen, sagt NVM-Vorstand Martin Payer der APA.

Haider-Erbinnen

Payer sagt, gegen Martinz habe es bereits einen Exekutionstitel für dessen Liegenschaft am Ossiacher See gegeben. Vergleichsgespräche gebe es mit dem Ex-KLH-Vorstand, der bisher 500 Euro gezahlt hat. Zudem erwäge man, ein ruhend gestelltes Verfahren gegen die Haider-Erbinnen wieder aufzunehmen. Im Zuge des Hypo-Verkaufs durch das Land Kärnten 2007 hätte Birnbacher für ein Gutachten zwölf Millionen Euro bekommen sollen.

Erst nach Protesten wurde das Honorar auf sechs Millionen Euro reduziert. Im Strafprozess stand Birnbacher, dass Geld teils an den ehemaligen FPÖ-Landeshauptmann Jörg Haider und Martinz bzw. deren Parteien fließen hätte sollen. Für Birnbachers Leistung sei ein Entgelt von 300.000 Euro angemessen gewesen, so das Gericht. Seither versuchte das Land Kärnten, die 5,7 Millionen Euro zurückzubekommen.

SPÖ: Teuerung gefährdet Ausbau von Kinderbetreuung

Kommunalsprecher Kollross will Hilfspaket für Gemeinden und Eingriff in Energiemarkt

Familien. Bei den Zielen für den Ausbau der Kinderbetreuung sei die Bundesregierung ohnehin nicht sehr ambitioniert, bei der Finanzierung entsprechend knausrig. Und nun gefährde die Teuerung den Ausbau der Kinderbetreuung in den Gemeinden umso mehr. „Sie wird entweder stagnieren, oder sogar zurückgehen“, warnt SPÖ-Kommunalsprecher Andreas Kollross am Donnerstag bei einem Gespräch mit Journalisten.

Den Gemeinden werden laut Prognose des Zentrums für Verwaltungsforschung im kommenden Jahr bis zu 1,2 Milliarden fehlen. Das sei laut SPÖ das Ergebnis aus Corona, steigenden Energie- und explodierenden Baukos-



AP/DA/JOUE ANSPACH

Der Ausbau der Kinderbetreuung könnte stagnieren oder das Angebot sogar zurückgehen, warnt die SPÖ

ten. Die für Familien bedrohliche Konsequenz: Das bestehende Kinderbetreuungsangebot sei nur schwierig aufrechtzuerhalten, von zusätzlichen Investitionen sei längst keine Rede mehr.

Wie kommt das, hat doch die Bundesregierung im Zuge der 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern

noch im Juli stolz den Beschluss der „Kindergartenmilliarde“ verkündet?

Weil die Milliarde nicht auf einmal ausbezahlt wird, sondern der Bund in den kommenden fünf Jahren jährlich 200 Millionen Euro zuschießt, bleibe generell nur eine Mini-Budgeterhöhung von 57,5 Millionen,

hatten Vertreterinnen aus der Elementarpädagogik schon im Sommer kritisiert. Nun werde dieser Betrag aber schon alleine von den höheren Baukosten aufgefressen, neue Plätze könnte man keine schaffen, sagt Kollross.

Um gegenzusteuern, fordert die SPÖ nun ein Hilfspaket für die Gemeinden in Höhe von 1,2 Milliarden als kurzfristige Maßnahme. Daneben brauche es aber auch einen Eingriff in den Energiemarkt, etwa das Aussetzen der Merit-Order, also das Entkoppeln von Strom- und Gaspreis. Außerdem wiederholen die Sozialdemokraten ihre Forderung nach einer Milliarde für den Ausbau der Kinderbetreuung pro Jahr. **E. HOFER**

Kostenlose Einstufung und Beratung unter 01 / 59 56 111 cambridge.at

The life is no sugarlicking!

Schon mal von Idioms gehört?

Better say it like this: Life's no picnic!



THE CAMBRIDGE INSTITUTE

English for Life

Sprachinstitut und Prüfungszentrum